

Oliver Tolmein

Die Rote Zora zündelt nicht

Das Porträt der weiblichen Stadtguerilla legt die vom Autor nicht gestellte Frage nahe, warum denn Frauen, die zur Militanz bereit sind, ausgerechnet und immer nur in die Bundeswehr wollen. Es gibt eine Alternative
Veröffentlicht in: Konkret 01/88, S. 12

»Der Weg zum Erfolg« ist ein kleines, dickes Taschenbuch betitelt. Im legalen Buchhandel ist es nicht erhältlich, in der linken Szene Anlaß für scharfe Kritik. Texte aus elf Jahren bewaffnetem Kampf der »Revolutionären Zellen« sind darin gesammelt – Erklärungen und Materialien der »Roten Zora« aber ausgespart. »Wir lehnen es ab, dieses männliche Buch zu verbreiten. Die von uns zu erreichenden Exemplare haben wir vernichtet, weil das Buch eine einseitige, und damit falsche, frauenfeindliche Geschichtsschreibung über die Revolutionären Zellen und die Rote Zora auf Jahre hinaus festschreibt und Guerilla zur Männersache erklärt«, protestierten VerteilerInnen aus dem Ruhrgebiet. Also »Geschlechterkampf im Untergrund« – wie die »taz« behauptet? Der »Spiegel« führt den galanten Gedanken weiter: »Die Frauen der Roten Zora fühlen sich von den Männern der Revolutionären Zellen unterdrückt – zündelten sie deshalb bei Adler?«.

Die Rote Zora ist kein Haufen frustrierter Feministinnen, und ihr spezielles Konzept des bewaffneten Kampfes ist weitaus wirkungsvoller als es der verniedlichende Begriff »zündeln« glauben machen will. Die Anschlagserie der Roten Zora gegen den Textilkonzern Adler im August 1987 war eine der ganz wenigen Aktionen der Stadtguerilla, die ihr Ziel erreicht hat: die entlassenen Arbeiterinnen in einer südkoreanischen Niederlassung des Konzerns wurden wiederingestellt, die Löhne dort erhöht. Die Brandanschläge auf die Adler-Verkaufsfilialen in der BRD fanden parallel zu Streiks statt, die die südkoreanischen Arbeiterinnen selber durchführten: »Wir kämpfen nicht nur für die Frauen in den Ländern der Peripherie, sondern mit ihnen« begründet die Rote Zora in dem bis heute aussagekräftigsten Text »Widerstand ist möglich«, der der »Emma« als Interview zugespielt wurde, ihre Strategie.

Beginnen hat der Widerstand der Gruppe, die sich autonom, aber im Gesamtzusammenhang der »Revolutionären Zellen« organisiert hat, 1974 mit einem Sprengstoffanschlag auf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, »weil wir ja alle die Abschaffung des § 218 wollten und nicht diese jederzeit manipulierbare Indikationslösung«. Dieser Anschlag, damals noch unter dem Namen »Frauen der rz« begangen, hatte programmatischen Charakter. Die Frauen der »Roten Zora« agieren zwar vor allem gegen »die alltäglichen Gewaltverhältnisse, in denen Zerstörung, Unterdrückung und Ausbeutung erfahrbar« werden, wie sie in dem im Januar 1981 erschienenen Grundsatz-Papier »Jedes Herz ist eine Zeitbombe« propagierten. Aber sie wollen auch keine »'linke' Arbeitsteilung nach dem Motto: die Frauen für Frauenfragen, die Männer für allgemeinpolitische Themen«. Der Nachdruck und die Verteilung von Nahverkehrsfahrscheinen im Ruhrgebiet wurde deswegen von ihnen ebenso betrieben, wie Anschläge auf die Computerfirma Nixdorf, auf Siemens oder auf die Firma Koch, die erheblich von Aufträgen an schlecht entlohnte

Knastarbeiterinnen profitiert. Es überwiegen aber die militanten Aktionen, die sich gegen Sexismus und Frauenunterdrückung richten:

Während der Walpurgisnacht 1977 zündete die Rote Zora eine Bombe bei der Bundesärztekammer in Köln: weil diese Organisation konservativer Medizinern selbst die ohnehin schon sehr reduzierte Reform des Abtreibungsparagraphen hintertrieb. 1983 führte die Rote Zora eine Kampagne gegen bundesdeutsche Mädchenhändler durch, die Asiatinnen verkauften: am 8. März, dem internationalen Frauentag, wurde das Auto des Kölner Mädchenhändlers Heinz Kirschner in Brand gesetzt und das philippinische Konsulat in Bonn, das derartige Geschäfte unterstützte, angegriffen. Schon damals bekam die Rote Zora eine Resonanz, die über »klammheimliche Freude« hinausging. Fast gleichzeitig hatte es einen Anschlag auf das Auto des Chefarztes am Hamburger Elisabethenkrankenhaus, Hans Joachim Lindemann, gegeben: »Lindemann hat sich mit Sterilisationsversuchen an Frauen und als internationale 'Fachkraft' in Sterilisationsfragen in der Dritten Welt hervorgetan... Lindemann ist zwar nur eine Einzelfigur im Zusammenspiel der Herrschenden, aber er sitzt direkt vor unserer Nase«, heißt es in der damaligen Erklärung.

Diese Anschläge treffen Leute, die persönlich für Frauenunterdrückung Verantwortung tragen, und sollen diese einschüchtern: »Unser Traum ist, daß es überall kleine Frauenbanden gibt – so daß in jeder Stadt ein Vergewaltiger, ein Prügelnder Ehemann, ein Frauenfeindlicher Zeitungsverleger, ein Pornohändler, ein Schweinischer Frauenarzt damit rechnen und sich davor fürchten müßte, daß eine Bande Frauen ihn aufspürt, ihn angreift, ihn öffentlich bekannt und lächerlich macht.« Die meisten der Einzelpersonen, die die Rote Zora ins Visier nahm, hatten Strafverfahren wegen des Verdachts krimineller Handlungen gegen Frauen straflos überstanden. Die Rote Zora sah ihre Aufgabe also auch darin, Selbstjustiz zu üben, wo die Justiz die herrschenden Verhältnisse erhält. »Der legale Weg ist nicht ausreichend, denn die gewöhnlichen Unterdrückungs- und Gewaltstrukturen sind ja legalität: wenn Ehemänner ihre Frauen schlagen und vergewaltigen, dann ist das legal, wenn Frauen für ein Existenzminimum eintönigste Arbeit machen müssen und dabei ihre Gesundheit ruinieren, dann ist das legal« .

Die Rote Zora hält aber Anschläge nicht für die einzig sinnvolle und effektive Form von Widerstand. Sie versteht sich trotz der Illegalität ihres Politikansatzes als Teil der Frauenbewegung, die sie gleichzeitig aber auch scharf kritisiert: »Die Klassenfrage wurde auch immer ausgeklammert, soziale Unterschiede wurden durch die Gleichheit der sexistischen Ausbeutung negiert. Das erschwert gerade in der jetzigen Krise eine Antwort auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und verschärfte Ausbeutung sowie auf die reaktionäre Familienpolitik. Das Fehlen einer Handlungsperspektive, um angemessen auf den Krisenangriff zu reagieren, führt zu dem Dilemma, entweder offensiv gegen die reaktionäre Politik vorzugehen oder lediglich Entfaltung von Subjektivität in Frauenfreiräumen zu rden.«

Konkret geworden ist die Differenz zwischen weiten Teilen der Frauenbewegung und der Roten Zora vor allem an einem Thema: der Gentechnik, speziell den humangenetischen Projekten. Die Rote Zora hat sich, soweit das an ihren Anschlägen zu sehen und in den meist ausführlichen Begründungspapieren nachzulesen ist, in Folge ihres Kampfes gegen Zwangssterilisation und Bevölkerungskontrolle in den Ländern der sogenannten Dritten Welt mit

humangenetischen Projekten beschäftigt. Anschläge auf das Genzentrum der Firma Schering in West-Berlin, auf die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung bei Braunschweig und auf den Technologiepark der Universität Heidelberg bildeten den Anfang. Bei diesen Attacken 1983 bis 1985 waren Zerstörung von Forschungseinrichtungen und Einschüchterung der Wissenschaftler die Absicht.

Eine Aktion gegen die humangenetische Beratungsstelle von Professor Widukind Lenz 1986 (KONKRET 3/87) zielte weiter: Zwar wurde auch ein erheblicher Teil der Forschungsunterlagen durch Brandsätze vernichtet, die militanten Frauen griffen sich aber auch etliche Aktenordner und werteten sie in den folgenden Wochen aus. Die Guerilla diente dem Volk durch Zur-Verfügung-Stellen von Aufklärungsmaterial: Eine Zusammenstellung etlicher Dokumente enthüllte zwar keinen ganz großen Skandal, zeigte aber deutlich die engen Verflechtungen zwischen pharmazeutischer Industrie und humangenetischen Beratern und ließ das Ausmaß der bevölkerungspolitischen Dimension dieser Beratungsprogramme sichtbar werden. Aber damit begnügte sich die Rote Zora nicht: Ihre Aktivistinnen waren eben nicht nur illegal in die Gebäude der Münsteraner Universität eingedrungen, sie waren auch ganz legal (wenngleich unerkannt) auf der vor allem von Feministinnen geplanten und durchgeführten Antigena Anfang 1987 in West-Berlin. In einer Streitschrift brachten sie die Ergebnisse beider Visiten zusammen:

»Die Diskussion um die Humangenetik spiegelt die Perspektivlosigkeit in der Frauenbewegung wieder, zumindest wenn sie so wie in Berlin auf der Antigena geführt wird. Wo sind Forderungen und Ansätze geblieben, die den von den Herrschenden vorgegebenen Rahmen und deren Denkmuster sprengen? Wo fordern wir unsere feministische Utopie noch ein? Die Behinderten in Berlin forderten die Schließung der humangenetischen Beratungsstellen. Diese Beratungsstellen sind die Schaltstellen für die gesundheitliche Erfassung möglichst vieler Menschen, für die Selektion von erwünschtem und unerwünschtem Nachwuchs. Gegen diese Forderung erhob sich massiver Protest unter den Frauen: Es müsse jeder Frau zugestanden werden, ob sie ein behindertes Kind wolle, jede Frau müsse diese Entscheidung selbständig treffen und die Forderung nach Schließung würde ein Tabu errichten. Dabei ist ein ganz anderes Tabu längst schon in unsere Köpfe eingepflanzt: Das Tabu zu fordern: das Recht, anders zu sein als der Durchschnitt.« ... »Ein Giftmüllskandal führt eher zu der Forderung nach Ausweitung der humangenetischen Beratung in der Schwangerschaft, als zum Sturm auf die Giftmüllproduzenten und zu gemeinsamen Aktionen bei den Gesundheitsbehörden.«

Die Gewaltfreiheit des so denkenden und handelnden Teils der Frauenbewegung, heißt das, ist eben keine: Statt sich der Gewalt der Herrschenden zu erwehren, wird diese in Kauf genommen und gegen drohende Behinderung gewendet. Die Rote Zora ist in dieser Frage mehrfach über militante Aktionen und deren Begründung hinausgegangen. In dem Aufsatz »Der Angriff auf das weibliche Reproduktionsvermögen« kritisiert sie den Ansatz »unmittelbarer Betroffenheit«, der die Debatte um Reproduktionsmedizin und Gentechnik zum Privatproblem »bürgerlich-privilegierter Metropolenfrauen« macht, »die noch genügend individuelle Möglichkeiten besitzen, ihren Körper und ihre reproduktiven Fähigkeiten nicht so offensichtlich an das Kapital verkaufen müssen«, wie das Frauen aus Ländern der sogenannten Dritten Welt zugemutet wird.

Während die Rote Zora Frauen, die legal leben und illegal politisch tätig sind, die Diskussion mit der Frauenbewegung insgesamt, aber auch mit anderen Bewegungen sucht, existiert die Diskussion umgekehrt so gut wie garnicht. Der Abdruck eines Bekennerschreibens in der »taz« oder der »Emma« ist eher die Ausnahme – Antworten auf die Diskussionsanstöße gibt es eher indirekt. Das ist zu guten Teilen objektiven Schwierigkeiten geschuldet: eine Guerillaorganisation hat zwar einen Namen, aber eben keine Anschrift und kein Gesicht. Kaum weniger verantwortlich für den Kommunikationsnotstand ist aber auch die prinzipielle »Gewaltfreiheit« – eine Eigenart, die gerade nach den Erfolgen der Roten Zora gegen die Firma Adler seltsame Pressemeldungen zutage förderte. »Gewaltfreie befremdet über Adler« meldeten »taz« und »Frankfurter Rundschau«, als die Frauenrechtsorganisation »Terre des femmes« sich in einem offenen Brief an die Geschäftsführung des Unternehmens beleidigt zeigte. Wochenlang sei der Kampf der südkoreanischen Arbeiterinnen von »Terre des femmes« und anderen legalen und unverdächtigen kirchlichen und gewerkschaftlichen Organisationen unterstützt worden – und nichts habe sich geregigt. Umso kritikwürdiger sei es, daß die Anschläge der Roten Zora sich als folgenreicher erwiesen hätte: »Will Adler damit einen Präzedenzfall schaffen, wie in Zukunft menschliche Arbeitsbedingungen am effektivsten durchgesetzt werden können?« Diese Sorge trieb auch das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz um – Tage später gab Adler den staatstragenden Kräften nach und teilte mit, die Wiedereinstellung der Arbeiterinnen und die Lohnerhöhungen seien schon vor der Anschlagserie geplant gewesen.

Bemerkenswert ist allerdings, daß die Militanten den »Gewaltfreien« in Sachen Prinzipialismus in nichts nachstehen und sie sich anstelle einer konkreten Analyse konkreter Aktionen eine allgemeine, positive Einschätzung zu eigen machen. Tatsächlich sind nach den Anschlägen der Roten Zora auf die acht Adler-Verkaufsfilialen, die die Kontinuität der bisherigen Aktionen unterbrechen, aber schwerwiegende Fragen offen und ist scharfe Kritik notwendig.

Die Rote Zora hat in dem Text »Widerstand ist möglich« festgestellt, ihr Grundsatz sei es, auszuschließen, daß das Leben Unbeteiligter gefährdet wird: »Es gibt zig aktionen, die wir wieder verworfen haben, weil wir die gefährdung unbeteiligter nicht hätten ausschließen können.« Ausschließen heißt: absolut kein Risiko eingehen. Bei Anschlägen auf Kaufhäuser, und nichts anderes sind die großen Verkaufsniederlassungen des Textilkonzerns Adler, ist die Gefährdung Unbekannter aber nicht auszuschließen – im Gegenteil, die Bedrohung Unbeteiligter ermöglicht überhaupt erst den »Erfolg«. Daß bei den Anschlägen auf die AdlerFilialen keine Katastrophe geschehen ist, widerlegt das nicht. In der Adler-Filiale in Aachen hatten die beiden dort deponierten Brandsätze nicht gezündet: Das Bundeskriminalamt und die örtliche Kriminalpolizei ließen den Bekleidungsmarkt schließen und fanden die beiden Brandsätze – nachdem Rote Zora-Frauen über einen Pfarrer deren Lage beschrieben hatten. Daß Sicherheitskräfte nicht immer Warnungen weitergeben und Unbeteiligte davor schützen, Opfer einer Panne der Guerilla zu werden, belegt unter anderem die Nicht-Räumung des Springer-Hochhauses bei einem angekündigten RAF-Anschlag Anfang der Siebziger Jahre. Ein Anschlag aber, bei dem im Falle einer Panne die Militanten auf das Wohlwollen der Polizei angewiesen sind, ist in jedem Fall ein Fehlschlag.

Dieses Risiko lenkt das Augenmerk aber noch auf einen anderen Umstand: weswegen gibt eine Firma wie Adler dem Druck einer Guerilla-Gruppe nach? Der

durch die Brandanschläge unmittelbar entstandene Sachschaden ist in der Regel versichert - seine Höhe wird in den Pressemeldungen auch regelmäßig erheblich übertrieben. Härter als verbrannte Ware trifft die Konzernherren etwas anderes: das Ausbleiben von Kundschaft und der damit verbundene, durch keinerlei Versicherung zu deckende Umsatzrückgang. Warum aber bleibt die Kundschaft in den Adler-Filialen bundesweit aus, wenn auf die Märkte Anschläge verübt werden? Wohl kaum, weil den KäuferInnen plötzlich bewußt wird, daß die Billigpreise hierzulande nur durch die verschärfte Ausbeutung der südkoreanischen Arbeiterinnen zu kalkulieren sind. Ließe sich durch eine Aufklärungskampagne allein dieses Bewußtsein so schnell nicht nur schaffen, sondern auch handlungsrelevant gestalten – Boykottaktionen wären weitaus wirkungsvoller als sie sind, das Kapital wäre viel leichter erpressbar. Nein, es ist die Angst, die, wie die Panne in Aachen und wie die Fehlschläge Anfang des Jahres in Hamburger Kaufhäusern zeigen, allzu berechtigte Angst der Kundschaft, ein Brandsatz könnte hochgehen, während sie gerade den billigen Winterpullover vom Grabbeltisch holen. Damit aber wird der Erfolg der Roten Zora gegen Adler insgesamt fragwürdig: sein Preis war die Angst der Bevölkerung, und zwar des Teils, der sich kaum mehr leisten kann, als die billigen Adler-Klamotten, vor den Aktionen der Guerilla – und dieser Preis ist immer zu hoch.